

## **Rede zu Protokoll**

Donnerstag, 9. Juni 2011

### **TOP ZP 18: 1. Les. Ges. z. Novellierung des Finanzanlagenvermittler- und Vermögensanlagenrechts**

Redner: Ralph Brinkhaus MdB (CDU)

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

mit der heutigen Einbringung des Finanzanlagenvermittler- und Vermögensanlagengesetzes gehen wir einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung besserer, sicherer und fairerer Finanzmärkte.

Bereits im Gesetzgebungsverfahren zum Anlegerschutz- und Funktionsverbesserungsgesetz zu Beginn dieses Jahres haben wir ein wesentliches Fundament für einen verbrauchergerechteren Finanzmarkt gelegt. Wir haben schon damals darauf hingewiesen, dass ein Gesetz zur Regulierung des sogenannten „Grauen Kapitalmarktes“ folgen wird. Dieses Gesetz legen wir Ihnen nun heute, wie angekündigt, vor.

Mit dem Finanzanlagenvermittler- und Vermögensanlagengesetz stellen wir sicher, dass die Pflichten für Wertpapierdienstleistungsunternehmen, die im regulierten Finanzmarktbereich bereits Standard sind, nun auch auf Produkte des bisher unregulierten – also des Graumarktbereichs – ausgeweitet werden. Durch diese Ausweitung der Produkt- und Vertriebsregulierungsmaßnahmen – zum Beispiel auf geschlossene Fonds - werden Anleger nun auch in diesen Bereichen besser und

umfänglicher geschützt. Zu den Regelungen gehört eine Vielzahl von Beratungs- und Dokumentationspflichten, wie beispielsweise das aufsichtsrechtliche Gebot, anlegergerecht zu beraten, die Provisionen für entsprechende Produkte und Dienstleistungen offenzulegen, sowie die Pflicht, Beratungsprotokolle über Beratungsgespräche zu führen und diese dem Anleger zur Verfügung zu stellen.

Darüber hinaus sieht der Entwurf die Einführung strengerer Anforderungen an den Inhalt und die Prüfung von Verkaufsprospekten für Vermögensanlagen vor. Wie bereits für Banken im Anlegerschutzgesetz verbindlich geregelt, werden nun auch die Anbieter von Vermögensanlagen des bisher unregulierten Marktes verpflichtet, kurze und übersichtliche Produktinformationsblätter zu erstellen, um den Anlegern in leicht verständlicher Art und Weise wichtige Informationen über Chancen und Risiken der ihnen angebotenen Produkte zu liefern. Zudem sollen für Emittenten von Vermögensanlagen zukünftig strengere Rechnungslegungsvorschriften gelten. So ist beispielsweise vorgesehen, dass Emittenten für jeden Fonds einen Jahresabschluss und einen Lagebericht innerhalb von sechs Monaten nach Ende des Geschäftsjahres von einem Wirtschaftsprüfer testieren lassen und den Anlegern zur Verfügung stellen müssen. All diese Maßnahmen leisten einen entscheidenden Beitrag für die Förderung der Transparenz und des Anlegerschutzes auf den Kapital- und Finanzmärkten.

Für die Erteilung einer Erlaubnis für den gewerberechtlichen Vertrieb von Finanzanlagen und für die Finanzberatung sollen darüber hinaus künftig strengere Zulassungs- und Beratungsvorschriften gelten.

Darunter fallen auch der Nachweis der Sachkunde sowie der Nachweis über eine Berufshaftpflichtversicherung.

Natürlich werden durch diese zusätzlichen Prüfungen im Rahmen des Erlaubnisverfahrens sowie durch die Prüfungen zur Einhaltung der Informations-, Beratungs- und Dokumentationspflichten zusätzliche Kosten auf die Länder und Kommunen zukommen. Diese können aber zum einen durch Gebühren gedeckt werden. Und zum anderen sei angemerkt, dass zukünftig die Prüfung, ob es sich bei bestimmten Produkten des Graumarktbereichs um nach der Gewerbeordnung erlaubte Finanzanlagen handelt, wegfallen wird, was wiederum eine Erleichterung darstellt.

Lassen Sie mich kurz eine erste Bewertung, oder besser Einordnung, des Gesetzentwurfes vornehmen - eine Einordnung der im Gesetz vorgesehenen Produkt- und Vertriebsregulierung. Ein wesentlicher Teil dieses Gesetzentwurfes befasst sich mit der Regulierung von Produkten, insbesondere mit der Regulierung von geschlossenen Fonds. Das ist uns sehr wichtig. Es ist uns deswegen sehr wichtig, weil wir glauben, dass gerade im Bereich der geschlossenen Fonds Handlungsbedarf besteht. Wir haben in den Vorgesprächen zu diesem Gesetz zur Kenntnis genommen, dass die seriösen Anbieter dieser Produkte sehr daran interessiert sind, eine weitreichende, über alle bisherigen Vorschriften hinausgehende Regulierung für diesen Bereich zu organisieren. Wir sehen darin einen wichtigen Beitrag dafür, dass unseriös handelnde Unternehmen aus dem Markt herausgehalten werden. Letztlich nützt diese Regulierung also nicht nur den Verbrauchern, die qualitativ hochwertigere Produkte erhalten, sondern auch den Anbietern, die in einem sauberen Marktumfeld arbeiten können. Die Verlängerung von

Prospekthaftungsfristen, erweiterte Rechnungslegungsfristen und einige weitere Maßnahmen leisten ein Übriges, um eine bessere Produktqualität sicherzustellen.

Produktregulierung ist im Übrigen ein Bereich, der von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht überwacht wird.

Nun kann man kritisieren, dass eben diese Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht nicht auch damit betraut wird, die Aufsicht über die Finanzanlagenvermittler und damit über die Vertriebswege zu führen. Denn dies soll - wie bisher - über die Gewerbeordnung geregelt werden.

Wir nehmen diese Kritik sehr ernst und haben schon im Vorfeld des Gesetzgebungsprozesses intensiv über diese Frage diskutiert.

Auf der einen Seite wäre es sicherlich wünschenswert, für den gesamten Finanzdienstleistungsbereich eine Aufsicht aus „einer Hand“ zu organisieren. Auf der anderen Seite muss man aber sehen, dass die BaFin eben nicht darauf ausgerichtet ist, kleinteilige Strukturen, wie sie zum Beispiel bei den Finanzanlagevermittlern, aber auch bei Versicherungsvermittlern vorliegen, zu überwachen. Die BaFin kann und macht Institutsaufsicht. Zu welchen Problemen „BaFin light“ führen kann, sehen wir ganz aktuell im Bereich der Leasingunternehmen, die über die bürokratischen und formalen Belastungen sowie über die Art und Weise, wie die BaFin die Aufsicht durchführt, klagen.

Ich rate daher dringend dazu, die Diskussion weniger an den aufsichtsrechtlichen Strukturen festzumachen, sondern sich vielmehr auf die Inhalte und Standards zu konzentrieren.

Genau das werden wir im Gesetzgebungsprozess tun. Wir möchten erreichen, dass die Verbraucher unabhängig vom Vertriebsweg einheitliche Qualitätsstandards vorfinden. Und gerade das ist das dezidierte Ziel dieses Gesetzentwurfes. Wir werden im parlamentarischen Prozess daher sorgfältig prüfen, ob und in welchem Umfang dieses Ziel erreicht wird. Unser Augenmerk liegt dabei in erster Linie auf den Inhalten und weniger auf den Organisationsstrukturen.

Das Finanzanlagenvermittler- und Vermögensanlagengesetz ist im Kontext mit bereits abgeschlossenen, aber auch mit den noch geplanten beziehungsweise den zum Teil schon auf den Weg gebrachten Regulierungsvorhaben zu sehen. Zu den abgeschlossenen Maßnahmen gehören insbesondere das Anlegerschutz- und Funktionsverbesserungsgesetz, aber auch Projekte wie OGAW IV. Bei den geplanten Vorhaben ist zum Beispiel die AIFM-Richtlinie zu nennen. Im Zusammenspiel all dieser Gesetze, Richtlinien und Verordnungen haben und werden wir die Finanzmärkte, wie einleitend bemerkt, besser, fairer und sicherer machen. Die christlich-liberale Koalition hat hier in den letzten zwölf Monaten ein unglaubliches Tempo vorgelegt und eine Menge auf den Weg gebracht, darunter auch international maßstabsetzende Projekte wie das Bankenregulierungsgesetz oder das Verbot der Leerverkäufe. Weitere wichtige Initiativen werden in den nächsten Monaten folgen.

Meine Damen und Herren, dies ist die erste Lesung zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung. Wir werden in den Fachausschüssen weiter daran arbeiten und dazu noch vor der parlamentarischen Sommerpause eine Anhörung mit zahlreichen Sachverständigen vornehmen. Wir freuen uns auf die Stellungnahmen

der Experten und die Erkenntnisse, die wir daraus gewinnen werden. Und wir freuen uns auf die bevorstehenden, hoffentlich fachlichen, Diskussionen. Ich lade Sie alle recht herzlich ein, sich konstruktiv daran zu beteiligen, um das Gesetz nach der Sommerpause zu einem guten Abschluss zu bringen.